

TARIKKOMMISSIONEN ALLER TARIFGEBIETE HABEN FORDERUNGEN BESCHLOSSEN

Fünf Prozent

Fünf Prozent mehr bei Entgelten und Ausbildungsvergütungen, Laufzeit zwölf Monate, Abschluss eines Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen und eines Tarifvertrags Qualifizierung und Innovation. Mit diesen Forderungen geht die IG Metall im Bezirk Frankfurt in die Tarifrunde 2006. Das haben die Tariffkommissionen aller Tarifgebiete am 17. Januar in Frankfurt bei nur wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Die Stimmung in den Betrieben ist klar, berichteten die Kommissionsmitglieder: Die Beschäftigten wollen nicht nur die Gewinne erarbeiten, sondern auch bei der Entlohnung daran teilhaben. Sie wollen teilhaben am Aufschwung. Und sie wollen mit gestärkter Kaufkraft selbst dazu beitragen.

Fünf Prozent mehr seien angesichts der schwachen Binnen-



Votum der Tariffkommissionen: Nahezu einstimmig für Forderungspaket

nachfrage wirtschaftlich richtig, sagte Bezirksleiter Armin Schild. Wichtig sei darüber hinaus die Forderung nach mehr Rechten und Mitsprache bei Qualifizierung und Innovation. Ansprüche hierauf wolle die IG Metall im Interesse der Sicherung von Zukunft und Arbeitsplätzen tarifvertraglich festschreiben.

Zurzeit ist der von Gesamtmetall nicht neu abgeschlossene Tarifvertrag über die vermögenswirksamen Leistungen in der Nachwirkung. Neueingestellte haben deshalb keinen Anspruch. Die Metallerinnen und Metaller sind gegen diese Ungleichbehandlung. Deshalb verlangen sie, den Tarifvertrag neu abzuschließen.

TARIF 2006 – WAS WIR FORDERN

Die Tariffkommissionen für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen haben am 17. Januar beschlossen:

- Erhöhungen der Löhne und Gehälter (Entgelte) sowie Ausbildungsvergütungen um fünf Prozent ab 1. März 2006 bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.
- Abschluss eines Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Die vermögenswirksame Leistung beträgt monatlich

für alle Arbeitnehmer	26,59 Euro
für alle Auszubildenden	13,29 Euro
- Abschluss eines Tarifvertrags zur Qualifizierung und Innovation mit individuellen Rechten der Beschäftigten im Bereich der betrieblichen Weiterbildung sowie mit einer Stärkung der kollektiven Instrumente der betrieblichen Interessenvertretungen.

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der oberste Metall-Arbeitgeber, Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser, sagt einen tarifpolitischen Großkonflikt voraus. Die Höhe unserer Forderung wird von den Arbeitgebern als „völlig illusionär“ abqualifiziert.



Wir könnten dies als das übliche Wortgeklänge vor einer Tarifrunde abtun, stünden nicht Arbeitgeber dahinter, die eine klare Strategie gegen uns fahren. Und die ist perfide: Erst schüren sie mit tatsächlichem oder angedrohtem Jobabbau Angst, dann wollen sie diese Angst gegen die Forderungen der IG Metall mobilisieren. Dazu verkaufen die Arbeitgeber ihre Anti-Haltung zu einer spürbaren Tarifierhöhung als Beitrag zu mehr Beschäftigung. Ausgerechnet sie, die für Jobabbau verantwortlich sind, wollen sich als Retter von Arbeitsplätzen aufspielen.

Diese Strategie wird nicht aufgehen. Aber das werden die Arbeitgeber erst einsehen, wenn wir gezeigt haben, was wir können. Dass dies viel ist, davon bin ich überzeugt. Aber auch davon, dass es noch mehr werden kann. Der beste Weg hierzu ist der Gewinn zusätzlicher Mitglieder. Auch dazu sollten wir die Tariffbewegung nutzen.

Euer Armin Schild
Bezirksleiter

TERMINE

Die bundesweit erste Verhandlung in der Runde 2006 ist im Bezirk Frankfurt:

- am 8. Februar mit den Arbeitgebern der Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland).
- Am 13. Februar ist in Erfurt Verhandlungsaufakt für Thüringen.

Mehr und besser statt billig

Billig, billig, nur ja die Beschäftigten an nichts teilhaben lassen. So lässt sich die Marschroute der Arbeitgeber in der anlaufenden Tarifrunde beschreiben. Die Zukunft ist damit nicht zu gewinnen. Wir sagen: Mehr ist besser!

Mehr Einkommen: Die Einkommenssteigerungen der letzten Jahre und die Beschäftigtenzahlen waren zu gering, um die Inlandsnachfrage anzukurbeln. Der Lebensstandard vieler ist gesunken. Es fehlt an Kaufkraft. Genau daran krankt unsere Wirtschaft. Von stei-

gender Auslandsnachfrage und Exportweltmeisterehren allein kommt die Konjunktur nicht in Schwung. Mehr Kaufkraft im Inland bringt die Konjunktur so auf Touren, dass auch wieder mehr Jobs entstehen. Die Billiglohn-Strategien der Arbeitgeber hingegen würden sie ab.

Mehr Qualifizierung und Innovation: Billiger sein als andere – in diesem Wettbewerb kann die deutsche Wirtschaft nicht mithalten. Der Standortvorteil, die Weltmeister-Position im Export resultiert aus guten Produkten und gut ausgebildeten Beschäf-

tigten. Deshalb ist Qualifizierung und Weiterbildung so wichtig für die Zukunft der Betriebe und der Arbeitsplätze. Genau so wichtig sind Investitionen in innovative Produkte und Produktionsverfahren. Hier hat die IG Metall bei vielen Unternehmen, die aufgrund des „Pforzheimer Abkommens“ vom Tarifvertrag abweichen wollten, erhebliche Defizite festgestellt. Und da es um Jobs und ihre Zukunft geht, wollen wir diese Themen nicht mehr allein den Unternehmen überlassen. Ein Tarifvertrag über Qualifizierung und Innovation

soll Ansprüche und Mitsprache sichern.

Mehr Gleichbehandlung: Nach dem 31. Januar 2005 neu Eingestellte haben keinen tariflichen Anspruch mehr auf 26,59 Euro (Auszubildende 13,29 Euro) vermögenswirksame Leistung im Monat. Beschäftigte, die schon im Betrieb waren, haben Anspruch auf dieses Geld. Der entsprechende Tarifvertrag wirkt nämlich nach. So entsteht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Belegschaften. Das wollen wir ändern. Deshalb fordern wir den Neuabschluss dieses Tarifvertrags.

AUS DER DISKUSSION IN DEN TARIFKOMMISSIONEN

Es ist Zeit für eine Wende bei der Verteilung

Fast 20 Mitglieder der vier Tarifkommissionen meldeten sich in der Diskussion zu dem Forderungsvorschlag zu Wort, den Bezirksleiter Armin Schild zuvor vorgestellt und begründet hatte. Schwerpunkte waren die Geldforderung und der geforderte Tarifvertrag zur Qualifizierung und Innovation.

„Diese Tarifrunde wird zeigen, ob wir uns von der Geisel der Erpressung befreien und wieder nach vorn schreiten können.“ Elmar Schüler, IG Metall-Bevollmächtigter in Bad Kreuznach, sieht die Zeit für eine verteilungspolitische Wende gekommen. In seiner Verwaltungsstelle finden Höhe und Struktur der Forderung ungeteilte Zustimmung. Das gilt auch in anderen Verwaltungsstellen, wobei viele Sprecher betont haben, dass es durchaus höhere Vorstellungen als fünf Prozent

gegeben habe – bis in den zweistelligen Bereich hinein. Deshalb, so betonte zum Beispiel Gerd Schoproni, Leiter des Vertrauenskörpers bei DaimlerChrysler in Würth, müsse das Ergebnis möglichst nahe an die Forderung herankommen.

Dass die vermögenswirksamen Leistungen wieder tarifvertraglich abgesichert werden, dazu gab es keinen Widerspruch. Auch nicht dazu, dass dieser Vertrag möglichst im Vorfeld der Verhandlungen abgeschlossen wird, wozu Armin Schild die Arbeitgeber aufgefordert hatte. Keinesfalls, so Ingrid Fels, Betriebsratsvorsitzende bei Sensus Metering Systems in Ludwigshafen, dürfe ein solcher Neuabschluss zu Abstrichen beim Erhöhungsvolumen füh-

ren. Ingrid Fels unterstützte auch, dass Tarifregelungen die Ansprüche und Rechte der Beschäftigten und Betriebsräte bei Qualifizierung und Innovation sichern sollen. Der Koblenzer Bevollmächtigte Reiner Göbel will, dass solche Regelungen vor „Pforzheim“ rangieren.

Dass man in den Betrieben also nicht wartet, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, um dann mit Abweichungen vom Tarifvertrag zu retten, was noch zu retten ist. Dass man vielmehr viel früher und gemeinsam in den Betrieben berät, wie Zukunft und Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Jugend war in der Debatte besonders engagiert vertreten.



Andreas Gehres, Vorsitzender des bezirklichen Jugendausschusses, begründete noch einmal ausführlich, warum jugendliche Ausbildungsvergütungen benötigen, die ihnen ein eigenständiges Leben ermöglichen. Und dass sie, um Qualität bringen zu können, außerdem Lehr- und Lernmittelfreiheit bräuchten.

Einstimmig verabschiedeten die Tarifkommissionen eine Solidaritätserklärung für die Kolleginnen und Kollegen bei AEG-Electrolux in Nürnberg, die kurz vor einem Streik um einen Sozialtarifvertrag stehen. Ebenfalls ohne Gegenstimmen wurde eine Resolution „Für einen Kurswechsel in der Verteilungs-, Wirtschafts- und Unternehmenspolitik“ angenommen.